

„Politik im Zeitenbruch – Stabilität erhalten, Wandel gestalten“

Neujahrsansprache des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler im Sächsischen Landtag am 3. Januar 2017

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Frau Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Sächsischen Landtags,
des Europaparlaments und des Bundestags,
verehrte Gäste,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserem traditionellen
Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag.

Ich freue mich sehr über die Anwesenheit so vieler Mitglieder der
Staatsregierung und des Verfassungsgerichtshofes, der Vertreter des
Konsularischen Korps und der Kirchen, der Landkreise und Städte
unseres Freistaates, der Bundeswehr und der Medien. Mein besonderer
Gruß gilt unserem ehemaligen Landtagspräsidenten Erich Iltgen.

Hoffentlich haben Sie alle zu Weihnachten und zwischen den Jahren
etwas Ruhe finden können. Es war diesmal schließlich eine recht kurze
Zeit des privaten Rückzugs. Aber vielleicht lag bei einigen von Ihnen ja
gerade in der Intensität der Kürze das stärkende Moment.

Meine Damen und Herren, wir erleben eine politisch aufreibende Zeit
voller unerwarteter Umbrüche, äußerer und innerer Unsicherheiten.

Die Europäische Union steckt unverändert in schweren Bedrängnissen. Euro-Krise, Migrations- und Flüchtlings-Krise sowie der Brexit beschäftigen uns auf allen Ebenen. An der europäischen Peripherie toben oder schwelen Kriege.

Terroristische und extremistische Gewalt erfasst Europa, erfasst Deutschland. Wir alle denken an die Opfer des islamistischen Terroranschlags auf dem Berliner Weihnachtsmarkt. Trauer verbindet uns mit den Angehörigen.

Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland ist angespannt. Die Türkei, die ein Putschversuch erschütterte und die seitdem eine innere Autokratisierung erlebt, entfernt sich von Europa.

Wellen des Populismus, des Antiliberalismus und Nationalismus sowie der Verachtung gegenüber den demokratischen Institutionen, speziell den Parlamenten, und noch mehr gegenüber dem sogenannten „politischen Establishment“ branden an die westlichen Demokratien.

Das alles hat auch in unserer Gesellschaft Spuren hinterlassen. Wenn Menschen sich entsolidarisieren, wenn manche den Spaltkeil immer tiefer treiben und Ängste schüren, dann gefährdet das die Demokratie. Es bedroht sie ebenfalls, wenn „die da oben“ „die da unten“ nicht mehr verstehen und das Volk seinen Repräsentanten nicht mehr vertraut.

Christiane Hoffmann sprach daher im Spiegel von „Bruch“ und „Epochenwandel“, Otto Deppenheuer im Cicero vom „Epochenumbruch“, dem wir uns gegenüber sähen. Befinden wir uns also in einem neuen „Zeitenbruch“?

Der Historiker Karl Dietrich Bracher hat so einst die Brüche des 20. Jahrhunderts charakterisiert – von den Spaltungen durch Weltkriege, Revolutionen und Diktaturen bis hin zu deren friedlicher und trotzdem revolutionärer Überwindung 1989/90. Erleben wir aktuell derart tiefgehende Veränderungen?

Sicher scheint mir, dass das oft beschworene „Ende der Geschichte“, das „Ende der Ideologien“, nicht eintritt. Wir sind eben nicht in der von den Marxisten beschworenen „klassenlosen Gesellschaft“ gelandet, diesem kommunistischen Paradies auf Erden, in dem jeder nach seinen – bescheidenen – Bedürfnissen lebt. Auch um die von Francis Fukuyama nach dem letzten „Zeitenbruch“ von 1989/90 hinausposaunte „Gewissheit“, dass der westliche Liberalismus der Idealzustand der Menschheit und Schlusspunkt aller historischen Entwicklung sei, ist es merklich stiller geworden.

Unser Modell der offenen Gesellschaft konkurriert unverändert mit autoritären Herrschaftsformen. Das ist die Realität von Politik, in der leider auch Krieg wieder eine Rolle spielt. Geschichte ist eben offen und manchmal kehrt sie sogar zurück.

Nationalismus und Populismus sind zurück – auch in Europa. Mit der von ihnen beanspruchten Alleingeltung, ihren Erzählungen vom „Volk“ und „dem Volkswillen“, den man natürlich selbst verkörpert, von einer „korrupten Elite“ und einer „besseren Zukunft“ bestimmen sie den Kurs ganzer Staaten und sickern auch in die Demokratien ein.

Mit ihnen ist die ideologische Verführung zurück. So ist das vermeintlich neue „Postfaktische“ in Wirklichkeit uralte. Es spricht seit jeher aus jedem,

der von einer Ideologie geblendet oder von der einzig richtigen Überzeugung oder Moral getrieben denkt und handelt. Und es bedrohte immer schon die offene Gesellschaft und schwächt die Demokratie.

Zugleich leiden unsere Demokratien unter der elitären „Abgehobenheit eines moralisierenden Politikverständnisses“ (Otto Deppenheuer), das mit den Alltagserfahrungen der meisten Menschen kaum etwas zu tun hat. Etwa mit den Alltagserfahrungen derer, die aus eigener Kraft etwas für sich und ihre Familien geschaffen haben, die darauf stolz sind und die nun Verlustängste plagen. Sie beklagen zu Recht eine abgehobene Politik, die ihrer ehrbaren Lebensleistung keinen Respekt zollt. Sie beklagen Politiker, aber auch Medien, die sich nur zu gern auf Randständiges konzentrieren oder die Welt retten wollen, während sie die Brot-und-Butter-Themen der Mittelschicht ignorieren und Vorstöße gegen ihre politisch-korrekte Sicht der Dinge sanktionieren.

Wir alle wiederum stehen einem immer schnelleren Wandel gegenüber. Am deutlichsten zeigt das die universelle Digitalisierung. Sie beeinflusst das Privat- und Arbeitsleben, sie verändert Bildung und Kommunikation, prägt unser tägliches Miteinander und schafft doch zunehmend ein Gegeneinander. Durch sie verbreitet sich die Lüge genauso schnell wie die Information in dieser schönen, neuen Welt von Facebook, YouTube und Twitter.

Deren Maxime „Wandel ist die neue Stabilität“ empfinde ich als wenig vertrauensstiftend, da diesen Zauberlehrlingen die Kontrolle über die von ihnen gerufenen Geister immer mehr entgleitet. Stattdessen frage ich mich: Was bringt Stabilität im Wandel? Und vor allem: Was können dabei demokratische Ankerpunkte sein?

Meine Damen und Herren, wir begehen 2017 das 25. Jubiläum unserer sächsischen Verfassung. Lassen Sie uns dieses auch nutzen, um uns selbstbewusst ihrer Möglichkeiten zu vergewissern. Denn die Verfassung ist das integrative Moment der Demokratie. Neben zentralen kulturellen Pfeilern wie Sprache, Geschichte, Identität, Kultur, Heimat und Nation verbürgt sie – wenn sie gelebt wird – Stabilität in einer Zeit des Wandels.

Verfassung ermöglicht Demokratie, sie garantiert aber nicht Demokratie. Sie gibt uns eine Plattform, auf der eine offene Gesellschaft gelingen kann. Ich sage bewusst kann, einen Automatismus gibt es hier nicht.

Die Verfassung verankert demokratische Institutionen, trägt aber keine Gewähr dafür, dass die von Parlament oder Regierung gemachte Politik „richtig, gut oder weise sein wird“, wie Karl Popper es einst formuliert hat.

Die Verfassung gewährt Pressefreiheit, garantiert jedoch nicht, dass sich diese auch zum Wohle der Demokratie ausformt, dass Journalismus objektiv, differenziert, kritisch, sorgfältig arbeitet.

Die Verfassung ermöglicht weitreichende wirtschaftliche Vereinigungs- und Handlungsfreiheit, schützt aber nicht vor Hasardeuren, die zum Nutzen weniger den Schaden vieler in Kauf nehmen.

Die Verfassung garantiert Grundrechte und schreibt Werte fest, ohne aber dafür Sorge tragen zu können, dass diese von den Menschen auch konstruktiv genutzt und gelebt werden.

Uns allen obliegt es, aus der geschriebenen eine lebendige Verfassung zu machen. Karl Popper hat uns einst darauf hingewiesen, dass die Demokratie selbst weder den vernünftigen Gebrauch der Verfassung sicherstellt, noch für mangelnde Funktionalität verantwortlich ist. In der Verantwortung sind allein die Bürger des demokratischen Staates – also wir alle. Wir müssen die Regeln und Werte einhalten und durchsetzen. Wir sollten die Möglichkeiten nutzen, die uns unsere Verfassung bietet, um den Wandel zu gestalten und Stabilität zu erhalten.

Meine Damen und Herren, der „Zeitenbruch“ überkommt uns nicht, wir sind ein Teil von ihm. Es ist jedoch an uns, ob wir ein aktiver oder ein passiver Teil sein wollen. Ersrecken wir nicht vor den Veränderungen, sondern packen wir sie an. Die Welle des Populismus, der Parlaments- und Politikerverachtung resultiert schließlich auch – ich betone auch – aus einer kraftlosen Politik.

Wir benötigen aber eine kraftvolle Politik, die ebenso mutig wie nachhaltig für die Bürgerinnen und Bürger handelt; eine Politik, die aktiv den Wandel gestaltet, die aber auch für Stabilität im Wandel steht. Wir brauchen eine Politik, die Mängel sowie begangene Fehler wahrnimmt und behebt. Hier sind alle Seiten gefordert. Einerseits muss Politik etwas korrigieren wollen, andererseits muss sie etwas korrigieren dürfen.

Und: Politik muss in der Demokratie ihr Handeln vermitteln wollen und können. Wer Basta-Entscheidungen trifft und Alternativlosigkeit proklamiert, sein Tun nicht erklärt, der provoziert Widerspruch und Verdruss. Wer Politik hingegen nur als Dauerstreit darstellt, Politiker als nutzlose Kostgänger abtut und hart umkämpfte politische Kompromisse als verwässerte Lösungen interpretiert, der tut auch nicht gut.

Wir müssen Politik verantwortlich vermitteln – wir alle. Sonst driften wir erneut in ein „Zeitalter der Verantwortungslosigkeit“ (Konrad Heiden) ab, in eine intellektuelle Unredlichkeit.

Mein Appell an uns alle lautet deshalb: Beweisen wir mehr Wirklichkeitssinn! Erkennen und Anerkennen wir Realitäten! Verdienen wir uns Glaubwürdigkeit und gewinnen wir Vertrauen zurück, indem wir Stabilität erhalten und den Wandel kraftvoll gestalten! Landespolitik kann all das in hohem Maße, davon bin ich überzeugt.

Verehrte Gäste, vor uns liegt das Jahr 2017. Lassen Sie uns das 25. Verfassungsjubiläum begehen, indem wir uns auf den stabilisierenden Wert unserer Verfassung und auf die in ihr festgeschriebenen Werte besinnen. Lassen Sie uns den „Zeitenbruch“ aktiv angehen, dabei nicht fatalistisch, sondern optimistisch sein.

Wir leben in einem großartigen Land! Und ja, ich bin stolz auf unser Land, auf Deutschland, auf Sachsen, auf seine Menschen und die Leistung, die sie seit dem „Zeitenbruch“ 1989 erbracht haben. Dieses Land bietet uns allen mehr Möglichkeiten als jemals zuvor.

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, braucht es Menschen, die ihre Verfassung und ihre Demokratie leben, und es braucht eine tatkräftige Politik, die Stabilität im Wandel ermöglicht.

Darauf und auf ein glückliches, gesundes, erfolgreiches und friedvolles Jahr 2017 möchte ich mit Ihnen anstoßen.